

Zübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Zübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Postzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 161.

Freitag, den 12. Juli 1918.

25. Jahrg.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen.

In diesen Tagen werden im Reichstag die Steuervorlagen behandelt und heute jedenfalls verabschiedet. Es waren ihrer 12, als sie dem Reichstage zugingen. Sie sind durch die Ausschussberatungen noch um eine vermehrt worden. An dem Tage, an dem der Reichstag in die Sommerferien geht, wird er also der Regierung ein volles Bäckerbrot fertiger Steuererlasse überreichen, die im ganzen einen Jahresertrag von 4,2 Milliarden Mark liefern sollen.

Das neue Gesetz, das noch hinzugekommen ist, schafft keine neue Steuer, wird aber doch der Reichskasse sehr erhebliche Einnahmen zuführen. Es ist das aus der Initiative des Hauptausschusses hervorgegangene Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zölle und Steuern.

Nach der prinzipiellen Seite hin drückt dieses Gesetz der diesjährigen Steuerarbeit des Reichstages das Gepräge auf. Der Bundesrat würde eine solche Vorlage dem Reichstag nimmermehr gemacht haben, und wenn er könnte, wie er möchte, würde er auch dem vom Reichstag ihm vorzuliegenden Gesetz seine Zustimmung nicht geben. Aber der Reichstag hat Vorkehrungen getroffen, damit der Bundesrat dieses Gesetz nicht ablehnen kann. Er wird entsprechend dem Ausschussantrage eine ausdrückliche Gesetzesbestimmung beschließen, wonach das Gesetz über den Reichsfinanzhof und die Reichsaufsicht einheilig mit allen übrigen Steuergesetzen in Kraft tritt. Der Bundesrat müßte also die sämtlichen 12 Steuergesetze ablehnen und auf die Jahreseinnahme von 4 200 000 000 Mark verzichten, wenn er das Zustandekommen dieses einen Gesetzes verhindern wollte. Das wird er nun kaum tun.

Die Schaffung des Reichsfinanzhofes ist ein grundlegender Schritt in der Richtung einer Vereinheitlichung der deutschen Steuergesetzgebung und -verwaltung. Der Reichsfinanzhof hat Recht zu sprechen in allen die Reichssteuerverwaltung betreffenden Streitfragen. Man erkennt sofort die Bedeutung dieser neuen Reichsinstanz, wenn man sich vor Augen hält, daß heute in den Reichssteuerfragen noch die obersten Spruch- und Beschlußbehörden der einzelnen Bundesstaaten endgültig entscheiden. Es wird nicht dabei bleiben, daß der Reichsfinanzhof nur Reichssteuerfragen entscheidet. Auch die bundesstaatliche Steuerverwaltung bedarf der Vereinheitlichung. Die Entwicklung wird, allen Widerständen zum Trotz, ähnlich wie auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege dahin führen, daß zwar die unteren und mittleren Steuerbehörden bundesstaatlichen Charakter tragen, die oberste Instanz aber — auch in den Fragen der einzelstaatlichen Steuerpraxis — eine einheitliche Reichsinstanz wird. Es liegt nicht nur im Zuge der Zeit, daß die großen Verschiedenheiten der Steuergesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten schwinden müssen, nein, das lawinenartige Anschwellen der gesamten Steuerlasten und vor allem das unabwehrbare Eindringen des Reiches in das Gebiet der Besitzbesteuerung erfordert gebieterisch möglichst gleichmäßige Belastung ohne Rücksichtnahme auf die bundesstaatlichen Grenzpfähle.

In der gleichen Richtung liegt die nicht minder bedeutungsvolle reichsgesetzliche Ausgestaltung der Reichsaufsicht über Zölle und Steuern. Aus dem Rudiment, das im Artikel 36 der Reichsverfassung verborgen schlummerte, wird plötzlich ein entwickeltes Organ. Bisher wurde durch sogenannte Reichszoll- und Steuerbeamte, die Zwittergestalten waren, die Aufsicht über die Erhebung der Zölle und Verbrauchsabgaben des Reiches ausgeübt. Diese Beamten hatten keinen klaren Rechtsboden unter den Füßen, ihre Befugnisse waren zweifelhafter Art, sie vegetierten beiseite neben den Landessteuerbehörden, die sich von ihnen nicht imponieren ließen. Jetzt wird durch Gesetz klar ausgesprochen, daß die Reichsaufsicht auf dem Gebiete der Zölle und Reichssteuern (vor allem auch der Besitzsteuer!) durch besondere, dem Reichskanzler unterstellte Behörden wahrgenommen wird. Diese Behörden haben die gleiche Ueberwachungs- und Befugnisse, wie sie den mit der Verwaltung der Reichsabgaben betrauten Landesbehörden zustehen, sind berechtigt, sich an einem Streitverfahren über einen Abgabeanpruch zu beteiligen und selbständig Rechtsmittel einzulegen. Wenn also der Landrat, der in großen Teilen Preußens noch Bezirkssteuerbeamter ist, mit der Erhebung der Kriegsgewinnsteuer betraut ist, so muß er gestatten, daß der mit wirksamen Befugnissen ausgestattete Reichsaufsichtsbeamte darüber wacht, daß der Steuergesetzpflichtige dem Reich auch seinen vollen Tribut zollt. Die Bundesratsvertreter haben ob dieser angeblichen Unterföderung des föderativen Reichscharakters geheult, aber der Hauptausschuß ist hart geblieben. Die ausgeübte Reichsaufsicht wird dafür zu sorgen haben, daß so ungeheure Unterschiede in dem Aufkommen einer Reichsteuer, wie sie bei der Kriegsgewinnsteuer zu verzeichnen waren, nicht wieder vorkommen. Nach dem Kassenbuch des Aufkommens in dem Bundesstaat mit der schärfsten Steuerkontrolle, nämlich Württembergs, hätte die Kriegsgewinnsteuer der Reichskasse fast 5,7 mehr als 9 Milliarden Mark bringen müssen.

Nach der materiellen Seite hin ist der Ausschussarbeit der Stempel aufgedrückt worden durch die beträchtliche Erweiterung der Besitzbesteuerung. Die in das Gesetz über die Kriegsteuer der Gesellschaften im vierten Kriegsgeschäftsjahr durch Beschluß des Hauptausschusses eingefügte Steuer auf das Mehreinkommen und das Vermögen bewirkt, daß dieses Gesetz statt der erwarteten 600 Millionen etwa 1800 Millionen Mark Einnahmen liefern wird. Mit saurer Miene haben die einzelstaatlichen Finanzminister auch diese Erweiterung des Bundesratsprogramms genehmigen müssen. Den Trost, daß mit der Abwehr der Besteuerung der regulären Einkommen durchs Reich ihr Dogma des bundesstaatlichen Privilegs der Einkommenbesteuerung gewahrt sei, kann man ihnen einstweilen gönnen. Er wird sich als ein Scheintrost erweisen. Denn nicht nur ist Mehreinkommen auch Einkommen, sondern auch die Erfassung des normalen Einkommens durch das Reich ist bei dem ungeheuren Bedarf der Reichskasse eine Frage kurzer Zeit.

Die Mehreinkommensteuer, die erst beginnt bei Einkommen von wenigstens 10 000 Mark und bei einem darüber hinaus reichenden Einkommenszuwachs von mindestens 3000 Mark, steigt zu 5 Prozent für die ersten 10 000 Mark bis auf 50 Prozent bei Mehreinkommen von mehr als 200 000 Mark. Die Vermögensabgabe läßt Vermögen von weniger als 100 000 Mark frei, trifft aber die größeren Vermögen von 1 vom Tausend für die ersten 200 000 Mark und steigt bis auf 5 vom Tausend bei Vermögen von mehr als 1 Million. Auf eine Vermögensrente von 5 Prozent umgerechnet, ergibt das eine besondere Belastung des Vermögens Einkommens von 2—10 Prozent. Das ist gewiß, wie selbst ein Zentrumsabgeordneter aussprach, eine bagatelartige Belastung im Vergleich zu der Besitzbesteuerung in England. Und wenn man die enormen Vermögensvermehrungen durch den Krieg betrachtet und bedenkt, daß in Preußen die Zahl der Einkommen von über 100 000 Mark von 5215 im Jahre 1914 auf 8926 im Jahre 1917 und das Gesamteinkommen dieser Einkommensgruppe von 265 auf 2227 Millionen angewachsen ist, daß ferner bei einer jährlichen Zunahme von 15 Prozent die Zahl dieser Steuerpflichtigen im Jahre 1918 2561 ihr Gesamteinkommen 2561 Millionen (mehr als doppelt soviel wie 1914 auf dieselbe Gruppe entfiel!) betragen wird, so können weder persönliches Mitleid noch volkswirtschaftliche Bedenken irgendwelcher Art gegen dieses Maß der Besitzbelastung wach werden. Man hätte ruhig noch kräftiger zugreifen können, aber vorläufig war eine Mehrheit für eine schärfere Besitzsteuer nicht zu bilden.

Vergleicht man das Erreichte mit den Regierungsvorschlägen, so erscheint es auch keineswegs unwesentlich. Wenn man, was unbedenklich geschehen kann, die Einkommen zu den Besitzsteuern zählt, so wolle die Regierung bei 2200 Millionen Mark Verbrauchssteuern, 800 Millionen Mark Besitzsteuern zugestehen. Nach den Ausschussbeschlüssen werden den 2200 Millionen Verbrauchssteuern und 2000 Millionen Mark Besitzsteuern gegenübergestellt. Berücksichtigt man ferner, daß das Branntweinmonopol vorläufig gar keine, die übrigen neuen Verbrauchssteuern nur in der zweiten Hälfte des laufenden Etatsjahres Erträge liefern, so ist im Jahre 1918 nicht ganz mit einer Milliarde neuer Verbrauchssteuereinnahmen, dagegen mit den vollen 2 Milliarden Mark Besitzsteuereinnahmen zu rechnen. Nach Ablauf des Jahres 1918 fällt aber die Mehreinkommen- und die Vermögenssteuer, wenn sie nicht erneuert wird, wieder weg, wogegen die Verbrauchssteuern weiter stehen. Das ist der Kardinalfehler unserer Kriegsteuererhebung, daß bis jetzt alle Besitzsteuern einmalige, die Verbrauchssteuern aber dauernde sind. Wir werden nun freilich auch dauernde Besitzsteuern bekommen, nicht nur in Form der Mehreinkommens- und Vermögensbesteuerung, sondern insbesondere auch der viel schärferen Erbschaftsbesteuerung, aber Kämpfe wird es zunächst noch kosten. Mit wachsendem Erlaunen werden die von den Verbrauchssteuern hart betroffenen Volksmassen Kenntnis nehmen von der Ablehnung der sozialdemokratischen Erbschaftsteuer-Relativität durch die bürgerlichen Parteien. Wenn die bürgerlichen Parteien nicht wollen, daß die Erbschaftsteuerfrage eines Tages in noch viel höherem Grade das Machtverhältnis der Parteien umschaltet, wie sie es nach den Steuerkämpfen von 1909 tat, so werden sie nicht mehr lange um den heißen Brei herumgehen dürfen.

Die Regierung hat ihre Zustimmung zur Erweiterung des Besitzsteuerprogramms an die Bedingung geknüpft, daß aber nun auch alle Steuern mit dem Ertrag, den sie erhebt, gleichzeitig verabschiedet werden. So kommt es, daß der Ausschuss für das Branntweinmonopol in der letzten Woche Tag und Nacht an dem schwierigen und umfangreichen Gesetz gearbeitet hat, um es unter Dach zu bringen; so kommt es auch, daß die Weinsteuern wieder von 10 auf 20 Prozent erhöht wurde. Immerhin sind einige Verbesserungen bei den Verbrauchssteuern erzielt worden, die in der Vollversammlung zum Teil noch umstritten werden dürften. Die wichtigste und nicht mehr angefochtene Verbesserung ist die beim Umsatzsteuergesetz erreichte, wonach die Gemeinden neben den ihnen in der Vorlage schon zuerkannten Anteil von 10 Prozent des Steuerertrages weitere 5 Prozent bis zum Betrag von 50 Millionen Mark bekommen sollen mit der Verpflichtung, sie zur Beschaffung billiger Lebensmittel zu verwenden.

Im ganzen ist die sozialdemokratische Kritik an dem Steuerplan des Reichskanzlers, wenngleich die Verbrauchssteuern nicht zu werfen waren, auch trotz der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge im Plenum auf stärkere Heranziehung des Besitzes nicht vergebens gewesen.

Rühlmanns Abschied vor dem Hauptausschuß.

Die politische Lage. Der Reichskanzler Graf Hertling erklärte im Ausschuss, daß der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes an dem Kurse der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde. Sowohl die innere wie die äußere Politik des Reiches werde nach wie vor sich in den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers verzeichnet waren. In innerpolitischer Hinsicht seien alle Zulagen innegehalten worden, die von der Regierung gegeben wurden, und die Regierung werde auch mit aller Energie auf der Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen. Nach außen hin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes festgelegt. Die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung sei bekannt. Es habe sich darin auch durchaus nichts geändert. Demgegenüber stehe aber die Tatsache fest, daß der Vernichtungswille der Feinde nach wie vor auf das härteste hervortrete. Solange darin kein Wandel eintrete, sei das Weiterkämpfen eine Notwendigkeit.

Der Kanzler besprach dann die politischen Fragen sowohl des Ostens als auch des Westens und ging dann auf die anderweitige Besetzung des Auswärtigen Amtes ein. Diese letzteren Ausführungen waren streng vertraulich. Es kann nur davon mitgeteilt werden, daß der Kanzler erklärte, daß der zum Staatssekretär in Aussicht genommene Gesandte von Hünke die bindende Erklärung abgegeben habe, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mitmachen werde.

Hg. Gröber findet die Darlegungen des Kanzlers beruhigend und geht dann näher auf den Rücktritt des Staatssekretärs v. Rühlmann ein, dessen Erteilung nach seiner Rede vom 24. Juni unhaltbar geworden sei. Den Wechsel in diesem wichtigen Amte müsse man bedauern, schon weil der Eindruck im Auslande kein günstiger sein kann, aber es müsse doch anerkannt werden, daß Herr v. Rühlmann ein hervorragender Staatsmann gewesen sei. Die inneren Reformen, die von der Regierung durchgeführt worden sind, könne kein Mensch beitreten, und es sei zu erwarten, daß auch die preussische Wahlrechtsvorlage im Sinne der kaiserlichen Botenschaft gelöst werde.

Hg. Scheidemann findet es sehr bedauerlich, daß eine derartige wichtige Debatte so kurz vor der Vertagung des Reichstages geführt werden muß. Wenn die Presse nach dem Rücktritt Rühlmanns sofort versichert habe, der Kurs bleibe beim alten, dann sei erst recht nicht zu verstehen, weshalb ein Wechsel notwendig war. Die Oberste Seeresleitung hat einen scharfen Druck auf die Presse ausgeübt, daß sie in der Besprechung der Rühlmannschen Rede nicht das sagen dürfte, was nach Lage der Sache hätte gesagt werden müssen. Auch beim jetzigen Wechsel im Auswärtigen Amte ist das Parlament wieder nicht gehört worden. Das wird dazu dienen, daß im Auslande neuerdings der Glaube genährt wird, daß in Deutschland das Volk und das Parlament vollkommen rechtslos sei. Das Verhalten unserer Regierung im Osten sei jedenfalls nicht so, daß man von einer loyalen Auslegung des Brest-Litovsker Friedensvertrages reden könne. Wenn wir den dortigen Völkern die Freiheit gegeben hätten, die sie immer angestrebt haben, dann würden wir uns eine glänzende Position geschaffen haben. Was wir von der Regierung verlangen müssen, ist vor allen Dingen rückhaltlose Klarheit.

Hg. Fischer meint, man könne zweifelhaft darüber sein, ob die letzten Reden Rühlmanns in allen Teilen geschickt waren. Aber er hätte zum Ausdruck gebracht, was die Ueberzeugung aller vernünftigen Menschen ist, daß die Entscheidung nicht allein durch militärische Siege herbeigeführt werden kann. Die alldeutsche Presse hat schon vor längerer Zeit den Herrn v. Hünke als den Mann ihres Vertrauens bezeichnet, und deshalb dürfte man sich nicht wundern, wenn ihm zunächst mit einem gewissen Mißtrauen begegnet wurde, als ein Name genannt worden ist. Trotz der sozialdemokratischen Kritik sei doch nicht zu beitreten, daß viel auf dem Gebiete der inneren Politik geschehen sei. Er hoffe, daß die Regierung alles tue, um das Wahlrecht in Preußen durchzusetzen.

Hg. Graf Westarp hält die Gründe für den Rücktritt Rühlmanns für durchschlagend. Ueber sein Wirken steht schon ein Urteil zu fällen, sei verfrüht. Mit der inneren Politik des Kanzlers können die Konservativen nicht einverstanden sein.

Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

Hamburg einberufene Versammlung bezeichnet den Bau des fehlenden Stüdes des Mittelkanals mit Rücksicht auf die Verbindung des westlichen und östlichen Wasserstraßennetzes als notwendig, obwohl daraus für Hamburg mit Sicherheit erhebliche Nachteile zu erwarten sind. Deshalb muß die Einleitung einer... (Text continues with details of the canal project and its importance for Hamburg's water supply and trade routes).

Zur Organisation der Kriegsbeschädigten. Die merkwürdige Nichtbeachtung der Lübecker Ortsgruppe des Eisenen Kriegsbeschädigten-Verbandes zu dem von uns veröffentlichten Bericht über die Kriegsbeschädigten-Versammlung veranlaßt unsern... (Text discusses the organizational issues and the need for better representation of war-damaged citizens).

Die Forderung der sofortigen erheblichen Erhöhung der Rente ist nichts weiter als ein Bluff und an sich genau so erbärmlich und verdammenswert wie die Streikbewegung im Lande. (Text expresses skepticism about the demand for a significant increase in pensions).

Wir erklären hiermit laut und feierlich, daß wir, die gesamte Eisener Vereinigung, sie weder gutheißen noch unterstützen... (Text is a formal statement from the Iron Workers' Association regarding the pension issue).

Ich nehme an, daß Herr Hopp das Unwahre seiner Behauptung, der Vorwurf sei aus der Luft gegriffen, selbst zugibt, wenn er sich erst richtig über die Eisener Vereinigung orientiert hat... (Text is a rebuttal to an accusation, suggesting that the speaker has not fully understood the situation).

Preisrästelwindel. Das preussische Ministerium des Innern teilt durch seine Nachschreibstelle mit: Der sogenannte Preisrästelwindel, der sich schon vor dem Kriege breit gemacht hatte, blüht seit einiger Zeit in beachtlicher Weise wieder auf... (Text discusses the resurgence of a type of fraud or scam known as 'price tag windles').

den jetzigen teuren Zeiten besser und nützlicher angelegt werden können. (Text continues from the canal article, discussing the timing and utility of the project).

Diese Warnung vor dem „Preisrästel“-Anflug ist auch in Lübeck am Plage. Doch vor kurzem konnte man im hiesigen „General-Anzeiger“ Inserate finden, die solcher Ausbeutung des neuen Publikums Vorwand liefen... (Text reports on a warning about 'price tag' ads appearing in a local newspaper).

Sehr wahrscheinlich hat diese Heimlich-Gesellschaft keinerlei Interesse daran, ihr unbekanntem Leuten Geschenke für Käsel... (Text discusses a secret society and its alleged intentions regarding gifts).

Der neue Direktor des Kinderhospitals. Der Installationsam Rinderbeck von Herrn Dr. med. Max Klotz, Spezialarzt für Kinderkrankheiten... (Text announces the appointment of a new director for the children's hospital).

Dem Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs ist es durch die freundliche Zustimmung von Mitteln aus der Bevölkerung Lübecks möglich, neben seiner Vereinstätigkeit, die von ihm seit November 1914 eingerichteten Führungen und Ausflüge der... (Text reports on the success of a travel association in organizing tours).

Hamburg. Tödlicher Straßenbahnunfall. An der Kreuzung der Straßenbahngeleise am Mittertor vor dem Promenaden-Kaffee sperrte Donnerstag vormittag ein Wagen der „Produktion“ das Geleise und gab trotz wiederholten Läutens der... (Text describes a fatal streetcar accident at the Mittertor intersection).

Hamburg. Ein Todesopfer der Gemüsenot. Vor einigen Tagen stürzte abends eine große Menge von Personen auf den Hauptideischen Gemüseladen in der Humboldtstraße ein... (Text reports on a tragedy caused by a shortage of vegetables).

Altona. Ein folgenschweres Straßenbahnunglück ereignete sich an Maats Allee in Niendorf. Dort stießen zwei Züge der Straßenbahn mit aller Wucht aufeinander... (Text describes a serious streetcar accident in Altona).

der in der Meinung, die Weiche an Maats Allee noch erreichen zu können, die Weiche bei der Brückenallee überfuhr. Er ist später seinen Verletzungen erlegen. Er hatte bereits 30 Jahre die Straßenbahn gefahren, ohne jemals einen Unfall gehabt zu haben. (Text continues the story of the streetcar accident victim).

Lüneburg. Vom Zuge getötet. In der Nähe des Bahnhofes Uelminghausen (Kr. Lüneburg) wurde am Montag abend der 81jährige Altenkrieger Chr. Möller aus Sertorf vom Zuge erfasst und auf der Stelle getötet. (Text reports on a person being killed by a train in Lüneburg).

Oldenburg. Großen Geheimtatschaltungen ist man in Oldenburg auf die Spur gekommen. Der bei einer Frau Sch. an der Maticstraße mohnhafte Soldat Giese hat in Gemeinshaft mehrerer Komplizen Viehdiebstähle verübt. Die Diebe sind des Nachts viel unterwegs gewesen und haben große Körbe mit frischem Fleisch und schmutzbedeckelt ins Haus geschafft. (Text reports on a series of livestock thefts in Oldenburg).

Bremen. Schleichhandel mit Del. Wegen schwindigen Schleichhandels mit Del hatten sich vor der Bremer Strafkammer die beiden aus Hannover stammenden Warenagenten Otto Jochenius und Max Meyer zu verantworten. Sie führten nach Bremen, um das Del aufzukaufen, und fanden willige Abgeber in dem Schneider Hermann R., einem noch nicht ermittelten Kaufmann, einem Arbeiter Hermann H. und mehreren Russen. (Text reports on a case of illegal alcohol trade in Bremen).

Für unsere Feldgrauen.

Die Löhnung der Kriegsgefangenen. Bei Aufbesserung der Löhnung wurde allgemein angenommen, daß den Angehörigen von Kriegsgefangenen oder Vermissten im Falle der Bedürftigkeit ohne weiteres diese höhere Löhnung zu bezahlen ist. Das Kriegsministerium hat dem gegenüber angeordnet, daß eine automatische Erhöhung der vor dem 21. 12. 17 an Angehörige bezahlten Löhnung Kriegsgefangener oder Vermisster nicht eintreten soll. (Text discusses the issue of wages for soldiers' families).

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck. (Text is the publisher's information for the article).

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Am Dienstag, d. 9. verstarb mein lieber Sohn **Alfred** im Alter von 17 Jahren 2 Mon. i. Allgem. Krankenhauste. Er folgte damit sein im vor. Jahre verstorbenen Mutter in den Tod. Beerdigung am Montag, d. 16. nachm. 2 1/2 Uhr auf dem Bornmeyer Friedhof. (3296) Die Hinterbliebenen: **H. Mehrhof n. heid. Söhnen und Frau Winkelmann.**

Der neue Kriegs-Atlas
bedeutend erweitert, jetzt 64 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig.
Preis Mk. 1.50.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 45.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige
Manufakturwaren
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

General-Versammlung
St. Gertrud-Schweinegilde
am Sonntag, 14. Juli 1918
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Satsche, Neulauerhof, Aramisstr. 33.
Zugordnung:
1. Löseordnung von 2. Quartal 1918.
2. Festsetzung des Beitrages.
3. Berichtwesen.
4. Beitrag-Erhebung.
Der Vorstand.

Frauen, welche bei uns gelernt haben, können sofort bei uns beschäftigt werden.
Kriegshilfe,
Abteilung Schußfürsorge.
Zu melden: Königstraße 19.

Riesen-Erfolg!
Allabendlich pünktlich 8 Uhr:
Ueber 100 Mitwirkende **„Der Hias“** Ueber 100 Mitwirkende
Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone.
Im 1. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. — Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft. — Der Traum des verwundeten Leutnants.
Im 2. Akt: Der gescherte Alisi. — Das urfidele Front-Brett.
Im 3. Akt: Das Kriegsgericht. — Die glänzende Filmeinlage: Sturm auf Schloß Mont Plaisir. (3292)
Mit Riesenerfolg über 3000 mal in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt.
Sonntag, 14. Juli nachm. 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung:
Zu dieser ungekürzten Nachm.-Vorstell. zahlen Militär u. Kinder halbe Preise.
Nach Schluß der Abendvorstellung verkehrt ein Straßenbahnwagen direkt nach Schwartau vom Hansa-Theater aus.
Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz!
Kartenvorverkauf: Holstenhaus, Holstenstr., Zigarrenhandlung Röhrig, Schlüsselbuden, Musikhaus Odeon, sowie Theaterkasse von 11—1 vorm. und von 6 Uhr ab.

Saub. fl. Alteinmädchen
a. Hof. (3293) Schlüsselbuden 32.1.
Kriegerfrau sucht Beschäftigung im Nähen und Sticken.
(3297) Mori 42.

Visitenkarten
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs. (3295)
Freitag, den 12. Juli 1918:
Letztes Gastspiel von Eva Alice Cron u. Rolf Ziegler

Die verlorene Tochter
Lustspiel von Ludwig Fuidä.
Sonnabend, den 13. Juli 1918:
Gastspiel von Max Reichel vom Karl-Schultze-Theater in Hamburg

Wiener Blut.
Operette von Johann Strauß.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Sonntag, den 14. Juli 1918:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Operette von Schubert.

Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt **Lübecker Vereins-Brau**

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 68a Tel. Nr. 474
Fleisch- und Wurstwaren
Julius Schöber
Lüneburger Wurstwaren
Große Burgstr. 23

Praktischer Wegweiser
Erweistwöchentlich
empfehlensw. Geschäfte
Zurechtweisung
empfohlen
Heinrich Waller
Brauereien
Die Biere der **Schloßbrauerei Kiel** werden überall bevorzugt.
Carl Rohde
Lederhandlungen
Sohlenschmitt, Bedarfsartikel
Falt-Garboral
Wilhelm Rabfoht
Unterstraße 117. Telefon 637.
vorbildliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Thüringer Wurstfabrik
Augustscheere
G. m. b. H.
Liefert das Beste in allen Wurstwaren.
Warenefabrikation
Lübecker Wurstfabrik
Emil Aland
Wihl. Schmidt Nachf.

Kenner bevorzugen
das gute **Lübecker Bürgerbräu**
Aktienbrauerei Lübeck
Eutin
MewsMühle, Mühlenfabrikate
Ratzburg
Ratzburger Aktien-Brauerei

Das Fehlen des Parteiprogramms... des Reichstages erlassen... Wahlaufrufe der Zentrumspartei...

Der zwanzig Jahre... aus der Mitte der sozialpolitisch wirkenden jungen Kräfte...

In der parteiamtlichen Schrift... „Die Zentrumspartei an der Jahrhundertwende“...

So konnte das Zentrum... beizubehalten im Laufe der Jahre...

Auch nach der Veröffentlichung... der „Kritik“ wird das nicht anders sein...

Als Ergebnisse der Kriegserfahrungen... zu betrachten sind folgende Punkte...

Mit dem Programm... die Reformbestrebungen innerhalb des Zentrums...

Von dieser ausgehenden... Beratung ist an dem „Programm“...

Die englische Stahlindustrie gegen die ungebundene Wirtschaft.

Es ist sehr interessant... zu beobachten, daß in dem Lande, das bisher dem Freihandel...

und Verteilung von Ausländern... kontrolliert und Erzeuger im Auslande erwirbt...

Diese Vorschläge zielen... offenbar darauf, den Wirtschaftstrieben...

„Der Herr Bürgermeister verspricht sich nichts davon!“

Und darum Verbot einer Versammlung der Kriegsbeschädigten.

In Reichenbach bei Euskirchen... wollten die Kriegsbeschädigten...

Von einer zwangslosen... Besprechung der Kriegsbeschädigten hierseits...

Da sieht man, was Herr Dr. Drems... mit seinem jüngsten Erlaß über...

„Vertraut Eurem Magistrat... Der fromm und liebend...“

Ernährungsfragen.

Sind Eier ein Nahrungsmittel?

In dem Kampf um den freien Markt... ist den tapfern Kämpfern jedes Mittel...

Aus der Partei.

Was nun? Ueber die Haltung der Sozialdemokratie... zu den Kriegskrediten...

Ueber eine sozialdemokratische... Mafieier in einem englischen Gefangenenlager...

- Mittwoch, den 1. Mai 1918
1. Ouvertüre z. Op. „Der Barbier von Serrin“
2. Große Phantasie aus der Oper „Die Fledermaus“

Bei der Auswahl der Musikstücke... wurde in den Melodienbuch der besten Meister...

Maisfeier 1918
Ankündigung
o Insel Man o

Aus dem Gerichtssaal.

Die Juwelen der Gräfin Schaffgotsch... Die millionenreiche schlesische Gräfin...

Aus Nah und Fern.

Zwei Bergarbeiter getötet... Auf der Beche „Baaker Mulde“ in Sontrop...

„Sofort greifbar!“... Für einen eigenartigen Gasmad gewiss folgendes Inzerat...

Schlechter Trost... Ein alter amerikanischer Dorfschneider, der viermal verheiratet...